

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

102 (2.5.1918)

Stolonnen, deren neue Staffeln eine lange und sorgfältige Vorbereitung erfordert hatte, nördlich von Bagdad entlang der Hauptstraße, die nach Mosul über Kirkuk und Kirkuk führt, vorgeht. Am 27. April wurde Kirkuk eingenommen und 40 Gefangene gemacht. Die Türken, welche unseren Angriff nicht abwarteten, zogen sich auf Kirkuk zurück, aber unsere Reiter holte eine feindliche Kolonne ein, griff sie unverzüglich an, tötete über 100 Leute und nahm 538 Mann gefangen. Abgesehen von vielem Kriegsgeschütz. Am 28. April erzwang unsere Reiterei den Übergang über den Tigris an einem Punkte südlich von Fuz Churimats und am gleichen Tage erreichte der Restteil unserer Streitkräfte die Ufer dieses Flusses. In der Frühe des 29. April erreichte unsere Reiterei feindliche Verbindungen nach Taus. Kurz darauf rückte unsere Infanterie gegen Fuz Churimats vor und war bald im Besitz der Stadt, wo 300 Mann gefangen genommen und 3 Geschütze erbeutet wurden. Ein anderes Geschütz und ein Transportzug, welcher sich bemühte, auf einem Nebenwege zu entkommen, fiel ebenfalls in unsere Hände. Die Verfolgung auf der Hauptstraße dauert an.

Neue Versenkungen.

Berlin, 30. April. (W.Z. Nicht amtlich.) Im Sperrgebiet ... England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch Versenkung von 28 000 BRT.

schwer geschädigt. Den Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant z. S. Steindorff. Das von ihm befehligte U-Boot hat im Kermekanal allein sechs Dampfer mit zusammen 23 000 BRT versenkt. Alle Dampfer, darunter zwei Schiffe von je 5000 BRT, waren beladen und fast gesichert. Drei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großer Menge für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Ausdehnung der britischen Sperrzone in der Nordsee.

Haag, 1. Mai. Das holländische Auswärtige Amt teilt mit, daß die britische Admiralität die Sperrzone in der Nordsee wieder ausgedehnt habe, und zwar von Ulsire quer durch die Nordsee nach den Orkney-Inseln. Hierdurch wird die bisher Holland gewährte freie Fahrtrinne zwischen Baffjord und Selbojornfjord erheblich beeinträchtigt, vielleicht sogar völlig unbenutzbar gemacht.

Die spanischen Arbeiter und der Krieg.

Haag, 1. Mai. „Daily News“ melden aus Madrid, daß die Fachvereine in Spanien anläßlich des 1. Mai eine Proklamation veröffentlicht haben, in der sie den Wunsch der spanischen Arbeiter ausdrücken, daß der Krieg mit einer zerschmetternden Niederlage seiner Verursacher enden möge. Um nun darzutun, daß die Fachvereine nur Deutschland als Verursacher des Krieges ansehen, bringt „Daily News“ einen Bericht, daß der bekannte Sozialistenführer Iglesias in Verantwortung einer Frage des „Matheo-Parlamentario“ die Erklärung abgegeben hat, daß er auf Seiten der Alliierten stehe, weil die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges nicht auf diesen laste und weil der Sieg Deutschlands einer allgemeinen Reaktion gleichkommen würde.

Der neue japanische Minister des Aeußern.

London, 30. April. (W.Z. Nicht amtlich.) Die „Times“ melden aus Tokio, daß Miunow an Stelle von Goto zum Minister des Aeußern ernannt worden ist. Goto wurde Molonos Nachfolger im Ministerium des Aeußern. Goto erklärte, daß er an der Politik seines Vorgängers festhalten werde. Man sagt diese Erklärung so auf, daß Japan zur Intervention bereit ist und daß es ein Mandat von den Alliierten und freie Hand fordert.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Mai.

Am Bundesratssitz: Hr. v. Stein.
Erste Lesung des Gesetzesentwurfes betr.

Kriegerische Abenteuer eines Friedfertigen.

Eine Erzählung von Heinrich Zschokke.

(Fortsetzung.)

Den folgenden Morgen — wir waren unweit Brandenburg — rückte das Heer aus. Karl der Große mit imperialer Hoheit voran; ich auf einem harmtätigen Ross, welches das letzte Nachtquartier auf dem Wege der Requisition hatte liefern müssen, neben ihm. Links gegen die breite Landstraße nach Berlin, rechts der enge, folige Karrenweg des Ruhms und unsterblichen Namens nach — Mittenwalde, glaube ich. — Wir, das heißt der Imperator und ich — ich aber wahrhaftig mit blutendem Herzen — jögerten nicht einen Augenblick am Scheidewege, sondern schlugen die Heldebahn rechts ein. — Die Arme folgte. Den Schluß des Juges machte die Marktentenderin mit ihrem Wagen. Als sie am Scheidewege war, lenkte sie links ab, in die Straße nach Berlin.

Kaum sah die Artilleriegarde das Braumweinloch den breiten Weg dahinziehen, so schwenkte auch sie, und marschierte ihm, ohne ein Wort zu sagen, nach. Ein Nachbar steckte mit seinem Beispiel den zweiten an; einer nach dem andern drehte sich um, ließ die Unsterblichkeit des Namens im Stich, und folgte dem rumpelnden Wagen, bis der Imperator und ich noch allein bestimmen ritten, er vertieft in Kriegsoperationsplänen, ich voller Behmut um die verlassene Braut.

Nun denke ich jeder den zügellosen Schmerz Karls des Großen, als er von ungefähr bemerkte, daß sein Heer hinter uns verfahren war. Da marschierte es hin, dem geliebten Josse nach, uns den Rücken kehrend, ach, und an der Spitze der Heerführer die Königin Elisabeth auf der Braumweinbrunne sitzend, wie auf einem Triumphwagen. Dabei sang sie mit hellgellender Stimm:

Frout euch des Lebens
Weil noch das Kämpchen glüht.

Der Imperator schäumte vor Wut. Wir ritten der bun- desreichigen Kriegsgar nach. Wir kommandierten: Halt!

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Hr. v. Beder-Arnberg (Zentr.): Durch die Vorlage soll eine Bestimmung beseitigt werden, die von den Arbeitern als eine Ausnahmestimmung empfunden wird. Während Unternehmer nur in ganz wenigen Fällen auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung bestraft worden sind, sind Arbeiter in tausenden von Fällen daraufhin mit Gefängnis bestraft worden. Das Koalitionsrecht muß nicht nur negativ, sondern auch positiv geregelt werden. Das ist eine alte Forderung meiner Partei. Wir werden dem Gesetzesentwurf zustimmen und zwar auch ohne Kommissionsberatung in allen drei Lesungen.

Hr. Ebert (Soz.):

Wir begrüßen den Entschluß der Regierung, da endlich mit diesem Uebelthäter aus der Zeit der Koalitionsverbote aufzuräumen werden soll. Zweifellos ist dieser Paragraph ein Ausnahmestück. Das gibt auch die Regierung selbst unumwunden zu. Mit demselben ist dem Reichsempfinden der Arbeiter geradezu ins Gesicht geschlagen worden. Er ist ein bitteres Kapitel in der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands. Mit der glatten Entledigung des Gesetzesentwurfes sind wir einverstanden.

Hr. Dowe (F. Vp.): Wir stimmen der Aufhebung des § 153 der G.-O. zu. Zweifellos liegt eine Ausnahmestimmung vor, die beseitigt werden muß.

Hr. Dr. Junek (Nat.): Eine Minderheit meiner Partei hat Bedenken gegen die Aufhebung des Rechtsstimmtes ihr zu. Eine Kommissionsberatung halten wir nicht für nötig.

Hr. Schiele (Konf.): Es handelt sich hier nur teilweise um eine soziale Angelegenheit, sie ist vielmehr politischer Natur, deshalb müssen wir in eine genauere Prüfung eintreten. Es sollen doch nur die unwürdigen Mittel im wirtschaftlichen Kampf beseitigt werden. Erfürstlich ist die Forderung, mit der die Regierung den Gesetzesentwurf eingebracht hat. Die Arbeitswilligen müssen vor Terror und Körperlichem Zwang geschützt werden.

Hr. Behrens (D. Fr.): Die christlichen Gewerkschaften stimmen der Aufhebung des Ausnahmeparagraphen zu. Eine Verwilderung der Köpfe befürchten wir nicht.

Hr. Jäder (U. Soz.) und Hr. Nowicki (Vole) stimmen für die Regierungsvorlage.

Damit schließt die erste Lesung.

Es folgt die zweite Lesung des

Arbeitskammergesetzes.

Staatsminister Hr. v. Stein: Die unbesorgte Entschlossenheit, auch im wirtschaftlichen Kampfe zu siegen, verleiht uns nicht der Ansicht, daß der Weg zu diesem Sieg ein dornenvoller sein wird. Der Entwurf hat schon einmal dem Reichstage vorgelegen, ist aber damals in der Beratung stehen geblieben. Die neue Vorlage baut sich auf der alten Basis auf. Die Gegenstände „Arbeitskammer“ und „Arbeitskammer“ dürfen nicht mehr bestehen. Hoffentlich tritt der Reichstag wieder auf den Boden der Regierungsvorlage. Die Vorlage berührt die Dinge wie sie sich nach dem Kriege gestalten werden. Es wird dann eine Zeit kommen wo alle Kräfte sich regen werden müssen eine Zeit, die neben der Hoffnung auf fruchtbarste Entwicklung die Reime zur Erschütterung in sich tragen wird. Die Vorlage will diese Entwicklung fördern und die Erschütterung hintanhalten. Dahn sollen die Arbeitskammern wirken.

Hr. Schiffer (Zentr.): Die Forderung von Arbeitskammern wird von allen Gewerkschaften erhoben. Wir werden mitarbeiten, den Entwurf zu einem brauchbaren zu gestalten. In wesentlichen Punkten muß das Gesetz erweitert und verbessert werden. Ich beantrage eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Hr. Legien (Soz.):

Auch dieses Gesetz ist von dem Geiste des Mißtrauens und der Bevormundung wie alle Arbeitergesetze diktiert. Hier hätte die Regierung in großmütiger Weise zeigen können, daß man für die Arbeiter nicht nur Worte, sondern Taten hat. Die Wünsche der Arbeiterorganisationen sind aber völlig außer Acht gelassen worden. Auch die Landarbeiter werden nicht in das Gesetz einbezogen. Von der Kommission erwarten wir gründliche Arbeit, sogar eine Umänderung der Grundzüge der Vorlage, damit den Arbeitern die nötige Stellung im Staatsleben gegeben wird.

Hr. Weinhausen (F. Vp.): Es ist nicht richtig, nur Schatten zu sehen. Die Vorarbeiten haben keine Rücksicht genommen auf die jetzige Zeit, aber der Entwurf bedeutet doch ein künftiges

Stück der Neuorientierung, indem den Arbeitern eine öffentliche rechtliche Vertretung gegeben wird. Die Arbeiterausschüsse müssen als Vermittlungsmittel bei den künftigen Kämpfen verwendet werden. Besonders wichtig ist das für die Landarbeiter. Die Landarbeiternot drängt schon von selbst dazu. Allzu großen Nutzen versprechen wir uns nicht von den Arbeitskammern, sie hinter ihrer Zeit um 30 Jahre nach.

Hr. Jäder (Nat.): Wir bedauern, daß die Staatsarbeiter in dieser Vorlage eine Ausnahmehandlung erfahren haben. Als Gegengewicht für das fallende Streikrecht müssen sie erheblich höhere politische Rechte erhalten. Sie wären zufrieden, wenn sie das Recht bekommen, das die Vorlage den übrigen Arbeitnehmern bringen soll. Es ist hier von der Kommission kräftige Arbeit zu leisten.

Hr. Wilgus (Konf.): Ueber die Befugnisse der Ausschüsse, wie sie in der Vorlage vorgesehen sind, können wir nicht hinausgehen. Wir werden in freudiger Mitarbeit nicht hinter den anderen Parteien zurückbleiben.

Hr. Behrens (D. Fr.): Sehr erfreulich wirkt die Vorlage nicht, aber es ist erfreulich, daß sie endlich gekommen ist. Die Ausschüsse müssen obligatorisch eingerichtet werden. Sonst haben sie keinen Wert. Die Landarbeiter dürfen nicht in der sozialen Gesetzgebung vernachlässigt werden. Das führt zur Landflucht. Das Gesetz darf nicht ohne Einbeziehung der Landarbeiter verabschiedet werden. Besondere Kammer für angestellte Kaufleute halten wir nicht für notwendig. Es genügen für sie besondere Abteilungen. Die Techniker wollen keine besondere Kammer. Die Gewerkschaftsvertreter sollten als Arbeitervertreter ohne Einschränkung zugelassen werden. Sie haben sich namentlich während des Krieges sehr gut bewährt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr verlagert. Außerdem Etat des Reichswirtschaftsamtes. — Schluß 1/7 Uhr.

Die Steuervorlagen vor dem Hauptauschuß.

Berlin, 1. Mai. Der Hauptauschuß des Reichstages begann heute die Beratung der ihm zugewiesenen Steuervorlagen. Auf den Vorschlag des Hr. Ebert (Soz.), zunächst zu erörtern, wie ein besserer Ausgleich zwischen den vorgeschlagenen Verbrauchs- und Verkehsteuerarten einerseits und dem Verkehsteuer herbeigeführt werden könnte, erwiderte der Vorsitzende: Die allgemeine Aussprache in den Vorlesungen habe gezeigt, daß die Mehrheit des Reichstages bereit sei, den Vorschlag in härterer Weise zu erfassen. Zu Art und Umfang der Steuern wollten die Präzision noch vorher Stellung nehmen. Gegenüber dem Wunsch des Hr. Erzberger, eine statistische Uebersicht über das Ergebnis des Verbrauchs und der Kriegsteuer nach Stufen und nach Bundesstaaten vorzulegen, stellte Staatssekretär Graf Roedern eine solche Statistik für den Verbrauchsbeitrag in Aussicht, erklärte sie aber zugleich für unmöglich für die Kriegsteuer. In einer Anfrage des Hr. Jund betr. die Maßnahmen gegen Schiebung mit Goldwaren und Luxusartikeln zum Zwecke der Steuerhinterziehung äußerte sich Staatssekretär Graf Roedern dahin, daß der Wunsch, durch eine Bundesratsverordnung die Luxussteuer zu sichern, vom Bundesrat nur dann erfüllt werden könnte, wenn er von Seiten des Reichstages deutlich ausgesprochen werde. Der Hauptauschuß beschloß darauf, daß eine alsbald zu erlassende Bundesratsverordnung Maßnahmen zur Sicherung der Verbrauchssteuer anordnen möge. Hierauf wurde die Beratung des Entwurfs betr. Änderung der mit den Post- und Telegraphengebühren zu verbindenden außerordentlichen Reichsabgaben begonnen.

Ausland.

Rotterdam, 2. Mai. (W.Z. Nicht amtlich.) Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt, daß die Verhandlungen mit Deutschland, die in den letzten Wochen zu einiger Spannung Anlaß gegeben haben, soweit vorgedrungen, daß ein für beide Parteien trefz ergebende Abmachung erzielt wurde, um eine Mittelung darüber in ihrer kürzest Zeit erwartet werden kann.

Stockholm, 1. Mai. (W.Z. Nicht amtlich.) Die „Aftonsbladet“ aus Abo erzählt, daß der Chef der Roten Garde, Rullerö Manne bei der Einnahme von Wiborg in Gefangenschaft geraten.

alles aber unter meinem Befehl. — Und jetzt — Bataillon rechts um! mir nach. Der erste, der nach Berlin denkt, wird als Ausreißer behandelt; ich lasse ihn am ersten besten Baume aufhängen. March!

Und vorwärts ging wieder die enge, schmutzige Ehrenbahn nach Mittenwalde. Keiner sah sich nach Berlin mehr um, zwar nicht aus Furcht vor den Büchsen, sondern aus Furcht vor den Franzosen. Selbst Elisabeth folgte tief gebeugt der Arme; sie war auch bescheiden von ihrer Triumphtrunne herabgeschlagen. Im ganzen Heere aber herrschte unaussprechliche Bestürzung. Die Franzosen schon in Berlin? Wo kommen die Kerls alle her? Sie schneien doch nicht vom Himmel herab?

Auch ich ließ das Haupt hängen. So hatte Napoleon denn die Hälfte der preussischen Monarchie, die Hauptstadt des Reichs Friedrichs des Großen, und selbst meine Friederike in seiner Gewalt. O, sie hatte wohl Recht, als sie mit unglückseligem Geiste beim Abschiede rief: „Herbinand, wir sehen uns nie wieder.“

Wesh ein schrecklicher Umänderung der Dinge in wenigen Tagen! Preußens einst vom ganzen Weltteil geschnittenen Heere zertreten; ein herrlich aufgeblühtes Königreich durch einen einzigen Schlag zertrümmert; meine Braut in der Gewalt des gallischen- und tapfersten Volkes der Welt; mein Baiton und Reichsgraf in einer Stadt belagert, die schon Tilly einst verbrannt hatte; meine Pflanz, Gott weiß wo? und ich, der friedliebende Doctor philosophiae, Magister honorum artium, definierter Pflanz und, von allem nichts mehr, sondern — Generaladjutant Karls des Großen.

Ohne Schmerz, wenn ich, mein Fatum erwägend, zwischen neben meinem Lieutenant-General oder neben dem grünnigen Chaumigren hinritt, in Bantafien verloren, mit Friederikes Bild, oder mit meinem Gelehrtenstücken in Berlin beschäftigt, und dann plötzlich etwa durch einen Fehltritt meiner Kofinante erwachte — die unbekanntem Gegenden der Mittelmark vor mir, die fremden Gesichter mit den Knebelbärten neben mir, das fortschreitende Heer hinter mir erblickte — ich mußte mich bei der Noe zupfen, in Aem zu waden, um mich zu überzeugen, daß ich mar.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 102

Der ... über

... und künftige ... über ...

Wahrsch ...

Die ...

Baden ...

Umfang ...

Ein zeit ...

Der künftige russische Gesandte in Wien über den Frieden von Brest-Litovsk.

W. M. M. der ehemalige russische Friedensdelegierte und künftige Vertreter Russlands in Wien hat einem französischen Journalisten seine Auffassung über den Frieden von Brest-Litovsk mitgeteilt. Sein Urteil wird am 14. April im "Populaire", einem Blatte der französischen sozialistischen Minorität, veröffentlicht. Es ist für die Beurteilung verschiedener Fragen, die sich auch für die deutsche Sozialdemokratie mit diesem Frieden verknüpfen, so wichtig, daß wir es wiedergeben:

Bei unserer Ankunft in Brest-Litovsk wurden wir von den Deutschen sehr höflich empfangen. Die damaligen Friedensbedingungen hätten uns erlaubt, unser Gebiet und unsere Artillerie zu retten. Wir hatten zu viele Strupei. Wir wollten nicht den Verbandsmächten gegenüber sofort einen Sonderfrieden abschließen. Während dreier Monate haben wir die Verhandlungen hingezogen, um unserer Propaganda Zeit zu lassen, sich in Deutschland zu verbreiten. Es war eine Demagogik von uns, drei Monate hindurch die Unterzeichnung des Friedensvertrages abzulehnen, ohne daß wir ein Heer hinter uns hatten. Wenn man uns zwang, ohne eine wirklich organisierte Armee zu kämpfen, so war das gleichbedeutend mit der Auslieferung unserer Festungen, Geschütze und Munition. So bald die Deutschen merkten, daß wir die Verhandlungen in die Länge zogen, änderte sich ihr Ton. So liebenswürdig und korrekt man in den ersten Tagen war (denn man wollte die Maximalisten nicht durch demütigende Bedingungen erniedrigt sehen), so annähernd wurde der Ton, als sie Trostky von der Revolution in Deutschland sprachen hörten. „Die Leute“, sagten sich unsere Gegner, „sind nicht hergekommen, um Frieden zu schließen, sondern um Aufruhr zu säuen.“

Aus der Partei.

Wahlrechtsreform. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Dortmunds veranstaltete am Sonntag früh im Saale und in den umliegenden „Friedensbaum“ zu Dortmund, dem größten Saale Westfalens, eine wichtige Kundgebung für das gleiche Wahlrecht. Der Nielsen-Jahr war zeitig gefüllt, jedoch im Garten eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Obwohl auch in den Fabriken und Werkstätten der Nahrungsinindustrie zu Dortmund Sonntagmorgens Tausende und aber Tausende beschäftigt sind, waren doch mehr als 8000 Männer zur Versammlung erschienen. Unter lebhaftem Beifall der Versammelten sprachen die Reichstagsabgeordneten Peus und König. In beiden Veranlassungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, die dem Reichstanzler telegraphisch übermittelt wurde:

„Die Versammlung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen das weitere Fortbestehen des preussischen Klassenwahlrechts. Sie sieht darin eine Herausforderung der breiten Schichten der Bevölkerung, die zur Mitarbeit in preussischen Staaten auf dem Boden der Gleichberechtigung bereit sind. Die Versammlung fordert, daß das Verprechen des Königs von Preußen auf Einführung des gleichen Wahlrechts endlich wahr gemacht wird. Wenn die Mehrheit des Landtags die Gleichheit der Wahl ablehnt, erwarten die Versammelten den Appell der Regierung“ an den Willen des Volkes. Sie versprechen in diesem Fall, alles daran zu setzen, daß trotz des Dreiklassenwahlrechts eine wahrheitsgemäße Volksvertretung gewählt wird, die auch imstande ist, die Vorlage der Regierung nach wesentlich zu verbessern. Die Versammlung erklärt die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse für eine dringende Pflicht der arbeitenden Klassen, da nur eine starke Sozialdemokratie die volle politische Gleichberechtigung bewirken kann.“

Kommunalpolitik.

Baden-Baden, 1. Mai. Nach dem städtischen Vorschlag wird die Umlage auch in diesem Jahre 32 Pfa. betragen. — Ueber den Aufenthalt und die Förderung des heftigen Kurbetriebes hat das Ministerium des Innern der Stadt eine ausreichende Kontingenterhöhung von Liebernachten in Aussicht gestellt, ferner die Erhöhung, daß erst von der vierten Kurwoche ab ein ärztliches Attest beigebracht werden muß. Weiter hat das Ministerium eine ausreichende Zuweisung von Lebensmitteln, die getrennt und ungeschädelt derjenigen der ortsanfässigen Bevölkerung erfolgen soll, zugesagt.

Schopfheim, 1. Mai. Für die Erwerbslosenfürsorge Oberbadens, der 47 Gemeinden der Kreise Lörrach und Waldshut angehören, treten im Hinblick auf die Teuerungsverhältnisse erhöhte Unterstellungen in Kraft. Bei der Landesversicherungsanstalt Baden wurde ein Vorlesen von 250 000 M. aufgenommen. Nach der neuen Fürsorge wird Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern ebenfalls auf Grund ihres Verdienstes im Jahre vor Kriegsausbruch Unterstützung gewährt.

Aus aller Welt.

Umfangreiche Schiebungen mit Weizen und Mehl ist die Reichsgetreidebestelle auf die Spur gekommen. In der Reichsweizen Mühle zu Aissenheim in Oberbayern sind größere Mengen Weizen für eine großindustrielle Firma im Rheinland gemahlen worden. Ferner hat diese Mühle auch etwa 2000 Zentner Mehl an das großindustrielle Werk im Rheinland verkauft. Dieses Mehl soll sog. Schmand sein, eine Erbsensorte, die sich beim Mahlen ergeben kann, jedoch an den Kommunalverband abgeliefert ist.

Ein zeitgemäßer Vorgang spielte sich vor dem Schöffengericht Pannocher ab. Es sollten sich u. a. in einer größeren Strafbekandlung elf Wirtschaftsinhaber oder deren Vertreter wegen Heberschreitung der Höchstpreise u. v. verantworten. Weinhandeln, Hotels und erhaltene Speisewirtschaften kamen dabei in Frage. Bevor in die Verhandlung eingetreten werden konnte, erklärte der eine als Schöffe fungierende Bankier Mag. von Stern, er müsse sich für diese Verhandlung als befangen erklären, wenn es zuträfe, daß die Angeklagten Fleisch und andere Nahrungsmittel zu hohen Preisen erworben und dabei sich des Vorgehens der Heberschreitung der Höchstpreise schuldig gemacht haben sollten. Er könne mit seinem Privatvermögen nicht und färdlich genau so wie die Angeklagten in die Notlage geraten, sich in derselben Art solcher Vorgehens schuldig zu machen. Er könne heute nicht mit in einer solchen Strafsache zu Gericht sitzen, er müsse sich für das Amt eines Richters als befangen erklären. Der zweite Schöffe schloß sich dem

Deutsches Reich.

Kein Gewinn der Z.G.G.
Berlin, 29. April. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. teilt mit: „Ein Sachverhalt des Lebensmittelhandels hat kürzlich die Behauptung aufgestellt, daß die Z.G.G. bei ihrem letzten Jahresabschluss einen Verdienst von 563 Millionen Mark erzielt habe. Diese Mitteilung ist, obgleich sie sofort bestritten wurde, von einer größeren Anzahl von Tageszeitungen wiedergegeben und zum Gegenstand scharfer Kritiken gegen die Preispolitik der Z.G.G. gemacht worden. Es sei daher nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Nachricht vollständig erfunden ist. Tatsache ist vielmehr, daß weder der Bruttogewinn noch der Reingewinn der Z.G.G. jemals diese Höhe auch nur im entferntesten erreicht hat. Das erste Geschäftsjahr der Z.G.G. (1915) hat bei einem Warenumsatz von vielen hundert Millionen Mark mit einem Gewinn von 300 000 Mark abgeschlossen. Der Bilanzabschluss des zweiten Geschäftsjahres (1916) hat weder einen Gewinn noch einen Verlust aufgewiesen. Die Bilanz würde infolge des Ausbruchs des Krieges mit Millionen einen Verlust von Millionen ergeben haben, wenn sich nicht das Reich bereits erklärt hätte, den durch diesen Krieg entstehenden Bilanzverlust zu decken. Der Abschluß für das dritte Geschäftsjahr (1917) liegt noch nicht vor. Die Annahme, daß er einen großen Gewinn aufweisen werde, ist haltlos.“

Verlegung von Mannschaften in die Heimat. Das preussische Kriegsministerium hat angeordnet, daß badische Mannschaften, die lediglich garnisonverwendungsfähig in der Heimat sind und in preussischen Garnisonen stehen, nach ihrer Heimat verlegt werden sollen.

Baden.

In der Budgetkommission der Zweiten Kammer fanden schon wieder Vorlesungen wegen Genährung von Teuerungszulagen an Arbeiter und Beamte des Staates auf der Tagesordnung. Die Kriegskosten wuchsen ins Ungemeine. Die Bundesstaaten und das Reich müssen jetzt die Folgen ihrer verkehrten Kreis- und Lebensmittelpolitik tragen. Für die Arbeiter soll eine Erhöhung des Kriegslohnzuschlages auf 180 M. und 2 M. täglich erfolgen. Der Mehraufwand wird auf 22 Millionen Mark berechnet. Die Kriegszulagen der Beamten, die bisher 540 M. bis 810 M. betragen haben, sollen auf 600 M. bis 900 M. jährlich erhöht werden. Man rechnet dafür mit einer Mehrausgabe von 63 Millionen Mark, zusammen also 85 Millionen Mark. Der Gesamtaufwand für Kriegszulagen und Teuerungszulagen an Arbeiter und Beamte während des Krieges belastet den Staat mit der ungeheuren Summe von 60 Millionen Mark. Die Pensionen der Ruhegehaltsempfänger sollen um 20 Prozent, von 30 Proz. auf 50 Prozent, erhöht werden. Die Kinderzulagen sollen einen Zuschlag von 10 Prozent erfahren, in den Städten der 1. Drisklasse will man die Zulage um 20 Prozent höher bemessen, endlich sollen die Beamten der Gehaltsklasse A (sieben an Zahl), die seither von einer Regulierung ausgeschlossen waren, berücksichtigt werden. Als Termin für die Neuregelung ist der 1. Juli in Aussicht genommen. Mit der neuen Einkommensregelung folgt Baden der vorgängigen Regelung im Reich, in Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg.

Die Mehrheit der Medaille bildet eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer. Der Finanzminister sprach von der Weiterentwicklung der Staffelung der Einkommensteuerebene und von einer enormen Erhöhung der Biersteuer. Bei der Regierung besteht die Absicht, in einer Herbsttagung dem Landtag entsprechende Vorlagen zu unterbreiten. Die Vertreter sämtlicher Parteien erkannten an, daß eine weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter notwendig ist. Mehrere Abgeordnete wiesen auf die große Bedeutung hin, die den Bedingungsarbeiten zukommt. Sie verlangten eine bestimmte und genauere Präzisierung der Richtlinien, auf denen das Steuerprogramm aufzubauen werden soll. Die Vorschläge des Finanzministers wurden in der Budgetkommission einstimmig angenommen. Dem Plenum der Kammer dürften noch vor Pfingsten die Vorlagen zur Erledigung zugehen.

Die Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts in den Gemeinden.

Der Ausschuss für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer begann gestern mit der Beratung der Anträge der Nationalliberalen, Sozialdemokraten, Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums über die Reform der Gemeinde- und Städteordnung. Alle Anträge ver gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts und

Ausführungen seines Mitgeschäftes Stern an und erklärte sich ebenfalls befangen. Der Vertreter der Anklage erklärte, er vermöge den Empfindungen der beiden Schöffen sehr wohl zu folgen und könne deren Anträgen ein Verstehen nicht verweigern. Nach diesen Erklärungen sei es unmöglich, heute in eine Verhandlung gegen die Wirtschaftsinhaber einzutreten und es bleibe nur eine Vertagung übrig. Das Gericht gelangte nach kurzer Beratung zu der gleichen Auffassung, worauf die Verhandlung vertagt wurde.

Ein Soldat hats gegeben, ein Soldat hats genommen. Ein seltsames Geschick ereignete sich dieser Tage auf dem Bahnhofs-Kreuzer in Dellerreichs-Schiffen. Ein junges Weib, in einem Stiefchen einen Säugling auf dem Arme, hat einen Urauber recht herzlich, doch auf einige Augenblicke ihr das Kind zu halten; sie wollte sich nur eine Postkarte lösen. Nach ehe der Soldat sich befinden konnte, trug er auch schon die kleine Last auf seinen Armen. Er wartete geduldig auf die Rückkehr der Mutter, aber als der Zug und alle Personen längst den Bahnhof verlassen, wurde er inne, daß die verschwundene Mutter sich des Kindes hatte entledigen wollen. Als dann das Kind ein jämmerliches Geschrei anhub, wickelte man die Kräfte auf und fand darin einen Bettel, auf dem geschrieben stand: „Der Soldat hats gegeben, ein Soldat hats genommen“. Der Urauber nahm den Säugling mit nach der Heimat und gedankt ihn großzuziehen.

Eine Million verdient. Der Besitzer von Bantlow in der Provinz, der das Rittergut vor sieben Jahren von der Landbank A.G. für 650 000 Mark erworben hatte, verkaufte es jetzt für 1 650 000 Mark, verdiente also eine volle Million!

langen die Aufhebung der Klassenwahl und Einführung des die Verbehaftung der verhältnismäßigen Mandatsverteilung. Ferner verlangt der nationalliberale Antrag für die länger als 10 Jahre in der Gemeinde anässigen Wähler die Verleihung einer 2. Stimme. Die Verleihung des gleichen Wahlrechts wie für die Männer auch an die Frauen fordert der sozialdemokratische Antrag, während die Nationalliberalen nur die Ausdehnung des Wahlrechts auf die selbständigen Frauen der Städteordnungsstädte wünschen. Sozialdemokraten und Fortschrittliche Volkspartei beantragten ferner die unmittelbare Wahl der Bürgermeister und Oberbürgermeister durch die Wahlberechtigten. In der Aussprache machte der Vertreter des Zentrums die Zustimmung seiner Partei zu den Anträgen von einer Milderung der Gemeindebesteuerung abhängig; das Frauenstimmrecht lehnen das Zentrum und die Rechtsstehende Vereinigung ab. Die Nationalliberalen ließen ihre beantragte Beschränkung für selbständige Frauen fallen.

Ramens der Regierung erklärte Staatsminister v. Bodman, daß, nachdem die Mehrheit des Landtags die Aufhebung der Klassenwahl verlange, die Regierung diesem Wunsch nicht widerspreche. Es entspreche der neuen Zeit, daß das Klassenwahlrecht beseitigt würde. Ein Bestätigungsrecht für die Bürgermeister wüßte die Regierung nicht. Zum Schutze des bodenständigen gegenüber dem flutierenden Element hält die Regierung eine fünfjährige Aufenthaltsdauer zur Erlangung des Wahlrechts für angebracht. Das Frauenstimmrecht für die Gemeinde hielt der Staatsminister für diskutabel, jedoch sei die Zeit zu dessen Einführung noch nicht gekommen. An der Wahl der Bürgermeister nach der bestehenden Grundfäden hält die Regierung fest. Dem nächsten ordentlichen Landtag soll der Entwurf über eine Reform der Städteordnung vorgelegt werden, ob eine solche, auch für die Gemeindeordnung möglich sei, sei bei der erforderlichen Zeit für die Vorarbeit fraglich, doch werde die Regierung alles tun, um die Neuordnung zu fördern. — Die Aussprache über das Wahlrecht wurde im Anschluß abgeschlossen. Die Abstimmung wurde bis zum Schluß der Beratungen des übrigen Inhalts der Anträge zurückgestellt.

Zur Reform der Kreisverfassung.

g. Karlsruhe, 1. Mai. Zu der mit der Reform der Kreisverfassung zusammenhängenden Frage, ob Verbehaftung der bisherigen Kreisverteilung, oder Schaffung größerer Verbände mit Zuweisung eines neuen Aufgabenterritoriums, äußert sich der kommunalpolitische Redakteur in der Mannheimer „Volksstimme“. Er ist auch, wie wir, der Meinung, daß die Lösung dieser Frage schwierig ist und sie noch sehr der Klärung bedarf. Während wir uns im wesentlichen in dem Sinne ausgesprochen haben, daß bis jetzt überzeugende Argumente für die Notwendigkeit der Errichtung großer Verbände nicht ins Feld geführt wurden, tritt der kommunalpolitische Redakteur der „Volksstimme“ recht lebhaft für diese Neuerung ein. Damit kein Mißverständnis entsteht: diese Frage ist unteres Erachtens lediglich eine solche der Zweckmäßigkeit, die eines grundsätzlichen Charakters entbehrt. In den Ausführungen der „Volksstimme“ wird aber mit keinem Wort etwas davon gesagt, warum der Rahmen der Kreisverbände erweitert werden soll und welche großen Aufgaben ihnen neu zugewiesen werden sollen. Und das ist doch der Kern der kritischen Frage. Unseres Erachtens können größere Aufgaben, welcher Art sie auch sein mögen, sehr wohl wie bisher von dem an sich kleinen Land selbst, also von der Groß-Regierung in Verbindung mit dem Landesparlament, behandelt werden, ohne daß dadurch eine Schädigung der Landes- oder Volksinteressen irgend welcher Art eintreten könnte. Andererseits würde eine Reihe kleinerer Aufgaben nicht mit der Gründlichkeit und nicht so sehr in Berücksichtigung der Wünsche und im Benehmen mit der Bevölkerung ihre Lösung finden können, wenn die Kreisverbände zu groß sind, abgesehen davon, daß, worauf wir früher schon hinwiesen, größere Aufgaben sehr wohl mehreren Kreisen zusammen zugewiesen werden könnten.

Wir sind selbstverständlich mit dabei, wenn es sich darum handelt, auf öffentlich-rechtlichem Gebiet „Buderhöpfe“, wie die „Volksstimme“ sich ausdrückt, abzuschneiden, und wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir gerade bei verschiedenen anderen Fragen, die mit der Kreisverfassung zusammenhängen, recht nachdrücklich auf altfränkische, überlebte Einrichtungen hingewiesen haben, aber das hält uns nicht ab, einer Neuerung erst dann zuzustimmen, wenn wir davon überzeugt sind, daß sie gegenüber dem bestehenden einen Fortschritt bedeutet.

Esslingen, 1. Mai. In der Nacht zum Dienstag brannte ein Teil des Dachstuhles beim Luftschutze des Giechereingebäudes der Eisen- und Metallgießerei G. m. b. H. ab.

Heidelberg, 30. April. Der 23jährige Rangierer Georg Pfister geriet auf dem Rangierbahnhof zwischen die Buffer zweier Güterwagen und kam zu Fall. Ein Wagen ging dem Unglücklichen über die Brust. Er war sofort tot. — In Redargemünd ist der 7jährige Schüler Heinrich Neudeck in der Stenz ertrunken. Die Leiche wurde geborgen.

Mannheim, 30. April. Die badische Anilin- und Sodafabrik erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einschließlich des Vortages aus dem Jahre 1916, einen Gesamtgewinn von 33 251 152 Mark. Der Aufsichtsrat beschloß, wie die „Neue Bad. Ztg.“ meldet, der Generalversammlung vorzuschlagen, dem außerordentlichen Reservefonds 5 Millionen Mark, dem Kriegsinvalidenfonds 2 Millionen Mark, dem Arbeiterunterstützungsfonds 1 Million Mark zuzuwenden und eine Dividende von 20 Proz. zu verteilen. Die Ausschüttung der Dividende erfordert in diesem Jahre 18 Millionen Mark.

Mannheim, 30. April. Die Aktiengesellschaft Ludwigshafener Walzmühle hielt heute ihre ordentliche Generalversammlung ab. Anstelle des verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes Emil Hirsch wurde Rechtsanwalt Geismar Mannheim in den Aufsichtsrat gewählt. Die Dividende wurde auf 6 Prozent auf die Vorkursaktien und auf 12 Prozent auf die Stamaktien festgesetzt.

Mannheim, 1. Mai. In der vergangenen Woche ist in einem Hotel in Ludwigshafen ein raffinierter Diebstahl verübt worden. Zwei Unbekannte hatten ein Doppelzimmer mit zwei Betten belegt und in der Nacht sämtliche Bett- und Wäscheutensilien fortgeschafft. Einer der Gauner ließ die Sachen an einer

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 2. Mai.

3 179 000 000 Mark neue Steuern.

Dreitausendeinhundertneunundsiebzig Millionen Mark sollen alljährlich vom deutschen Volke aufgebracht werden. Es ist schwer, sich die Größe dieser Summe und die Bedeutung dieser Belastung vorzustellen. Nehmen wir eine gleichmäßige Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung mit 65 Millionen, so ergibt sich zu all den Steuern, die von Reich, Staat und Gemeinde schon bisher gefordert wurden, noch eine weitere Belastung auf den Kopf der Bevölkerung von rund 49 Mark jährlich; das macht für eine fünfköpfige Familie 245 Mark im Jahre. Eine solche Berechnung ist durchaus nicht unbegründet, denn der größte Teil der Steuern sind indirekte Steuern oder Steuern, die auf die Verbraucher abgewälzt werden und die deshalb wie Kopfsteuern wirken, ja vielfach ärger als Kopfsteuern, weil wir bei manchen Steuern (wie bei der Branntwein- und bei der Biersteuer) anzunehmen haben, daß sie weit stärker auf die breiten Massen als auf die besitzenden Schichten wirken.

Die Steuerentlastungen werden im Reichstage heiße Kämpfe hervorrufen. Die Sozialdemokratische Partei wird ihre ganze Kraft einsetzen, um eine gerechte Verteilung der Steuern herbeizuführen, damit nicht die ärmeren Kreise die Hauptlast zu tragen haben werden.

Wer sich über diese Kämpfe ohne Schönfärberei gut und klar orientieren will, der lese den „Volksfreund“. Man schreibe das Abonnement nicht hinaus, sondern bestelle sofort entweder bei der Geschäftsstelle oder den Austrägerinnen. Unsere Leser bitten wir, Nachbarn, Freunde und Kollegen zum Abonnement zu ermuntern. Je größer die Leserzahl des „Arbeiterblattes“, desto größer der Einfluß zu Gunsten der Arbeiterbewegung.

* Eine gewissenlose Verführung des Volkes

In den letzten Wochen von einer bestimmten Presse, leider unter Duldung der Behörden, getrieben worden. Dem Volk hat man vorgemacht, daß die Brot- und Mehlerzeugung bald eine bessere werden wird, wenn... die Getreideernte aus der Ukraine und aus Rumänien eintrifft. Die Verhältnisse liegen aber ganz anders. Vor Juli ist an eine nennenswerte Getreideernte aus jenen Ländern überhaupt nicht zu denken. Unsere eigenen Vorräte sind sehr knapp, so daß von den verantwortlichen Stellen ernsthaft geprüft wird, ob die Beibehaltung der bisherigen Brotmenge bis zum Ende des Wirtschaftsjahres, d. i. der 15. August, möglich ist. Von einer ausreichenden Mehlerzeugung, von einer Verbesserung der Qualität des Mehles durch Serabiegung des Anbauverhältnisses kann erst recht keine Rede sein.

Das ist die ungeschönte Wahrheit. Klarheit und Offenheit über unsere Ernährungsverhältnisse halten wir für zehnmal besser, als die Erweckung trügerischer Hoffnungen.

* Karl Marx-Feier. Auf Samstagabend 8 Uhr ist im „Auerhahn“ Generalprobe der vereinigten Arbeitervereine, die bei der Feier am Sonntag mitwirken, angesetzt. Es wird erwartet, daß sich die Sänger vollständig einstellen, da die Reihen der Sänger ja stark gelichtet sind und es möglichst wirkungsvoller Chor am Platze wäre.

* Die diesjährigen Kartoffelpreise. Die badische Kartoffelerzeugung hat bestimmt, daß der Preis für den Sommerfrühsortiment aus der Ernte 1918 beim Verkauf durch den Erzeuger mit Wirkung vom 1. Juli 1918 an 9 Mk. nicht übersteigen darf. Der Preis wird allmählich herabgesetzt werden, bis er am 15. September 1918 den Höchstpreis für Sommerfrühsortiment, der voraussichtlich wieder 6 Mk. für den Zentner beträgt, erreicht hat. Die Preisherabsetzungen werden je nach der Erntezeit allmählich gegeben werden. Der vorstehend angegebene Höchstpreis schließt jeweils die Kosten der Beförderung bis zur Verladehalle des Ortes, von dem die Ware verhandelt wird, sowie die Kosten des Einladens dafelbst ein.

Wenn man vielleicht den Anfangs-Preis für den Zentner geradegu einer Herausforderung gleichkommt. Man mag die Begründung dreheln wie man will: Sechs Mark für einen Zentner Sommerfrühsortiment ist einfach ein herabgesetzter Preis, der nur im Wintergeheim unterer Zeit seine Erklärung findet. Die Not ist da, sie wird ausgegütet.

* Höhere Preise für Zichorienwurzeln. Durch eine Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts ist der Uebernahmehöchstpreis für gedarrte Zichorienwurzeln aus der Ernte des Jahres 1918 auf 60 Mark für 100 Kilogramm erhöht worden. Jedes Verfüßeln von Zichorienwurzeln ist verboten; auch dürfen sie nicht gewerbmäßig zu anderen Zwecken als zur Herstellung von Kaffee-Erfrischmitteln verwendet werden. Wer gedarrte Zichorienwurzeln in Gewahrsam hat, hat die Menge dem Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Erfrischmittel G. m. b. H. in Berlin anzuzeigen und auf Abruf zu verladen. Alle Mengen, die dem Absatz durch den Kriegsausschuß vorbehalten sind, müssen von ihm abgenommen werden.

Die Folge der neuen Preissteigerung, eine weitere Vertenerung der Kaffee-Erfrischmittel, wird nicht ausbleiben.

* Arbeiter-Zugend. Heute abend Zusammenkunft im Lokal „Gambirushalle“.

Bilder von Wilhelm Koll. Wie im Anzeigenteil bekanntgegeben wird, wurde von dem bekannten hiesigen Kunstverlag Gebr. Siroch, Hofphotographen, ein Bild unseres Genossen Koll hergestellt, das in Bezug auf künstlerische Auffassung und Ausführung bestens gelungen ist. Die Buchhandlung des „Volksfreund“ (Luisenstraße 24, Telefon 128) hat den Vertrieb des Bildes übernommen. Es gelangt in zweifacher Größe zur Ausgabe. Das große Bild (23/16 Zentimeter) kostet 5 Mk., das kleine (Postkartenformat) 30 Pf.

Sperrungen an Kriegsgefangene in Frankreich. Das Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland (Zähringerstraße 98 hier) gibt bekannt: Da die Offensive im Westen das gesamte verfügbare Material in Frankreich in Anspruch nimmt, erscheint es empfehlenswert, in nächster Zeit keine Pakete, sondern nur Geld an Kriegsgefangene in Frankreich zu senden. Es sei in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, daß nach dem Merkblatt über den Postverkehr mit Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen im Ausland Pakete an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, Böhmen oder Bistum mit enthalten dürfen und somit solche Pakete von den zuständigen deutschen Zensurstellen an den Absender zurückgeleitet werden.

Not und Hilfe in allen diesen Angelegenheiten erteilt obiges Bureau, welches bei seiner Abteilung „Badische Geldeinziehungsstelle für Kriegsgefangene“ Selbstendungen zu billigeren Kursen als auf der Post entgegennimmt.

Da die Forderungen für die städtische Umlage sind dieser Tage zur Ausgabe gelangt. Die Zahlungspflichtigen seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Mahnung an Zahlung der Umlage nicht mehr durch persönliche Erinnerung, sondern durch öffentliche Bekanntmachungen erfolgt. Wer es veräumt, seiner Zahlungspflicht gegenüber der Stadt trotz dieser öffentlichen Aufforderung nachzukommen, ist sich der Zwangsvollstreckung aus. Die Gebühren dieses Verfahrens richten sich nach der Höhe der schuldigen Umlage. Verhältnisse bei der Zahlung und die damit zusammenhängenden unangenehmen Folgen für den Zahlungspflichtigen können übrigens am einfachsten durch den Anschluß an das Girokonto der städtischen Sparkasse vermieden werden. Die Kontoinhaber geben der Sparkasse den Auftrag zur Zahlung von Steuern, Umlagen, Mieten und allen sonstigen ständig wiederkeh-

ein Nichtbezügler der Aufführung seine Beschwerde an die Redaktion aufbaut, ist ein Faktum, das jedem Kritiker eigentlich den Lauspaß beschaffen müßte!

Schere beiseite! Die schriftlichen Beschwerden in dieser Frage sind im Uebrigen sachlich gehalten, und die Eingänge soll daher bestätigt werden. Ein für alle Male sei betont, daß ich nicht gewillt und in der Lage bin, auftretenden Künstlern, selbst wenn ich den Vorzug ihrer Bekanntheit haben sollte, Freibriefe für Leistungen auszustellen, die ich für unzureichend erachte. Hierher gehört, im Zeichen eines gütlichen Sichabwägens mit der Parteilichkeit, der letzte Stolz des Herrn Schöffel, den ich im allgemeinen stets als schätzbare Kraft angesehen habe und selbst gerne wieder in Aufgaben (Kritik, Jubiläum, Armer Heinrich) hören möchte, die im liegen. Der Stolz muß gar nicht unbedingt von schweren Seldem gelingen werden, eine Umdeutung leicht erweisen könnte. Nach Stammtisch-Geschichten können kritische Referate nun einmal nicht abgefaßt werden, und mit einseitiger Anbetung wird weder einem Dichtenden, noch einem Sänger ein Dienst geleistet.

Für die „Germanenschlacht“ waren bei der ersten Wiederholung zufolge Erkrankung des Herrn Kraus zwei Umdeutungen notwendig geworden. Herr Becker spielte mit großem theatralischem Gestus den Obersterksten, und Herr Bärner in sympathischer Abrundung die kleine Rolle des Quärgar.

Ein Frankfurter Opern-Neuaufführung. Des Wiener Dichters Franz Schreker Renaissance-Maskendrama „Die Gezeichneten“ hat in diesen Tagen bei seiner Frankfurter Neuaufführung großen Eindruck und unbestrittenen Erfolg erzielt. Nicht nur der Dichter Schreker, der das Liebesdrama eines buckligen Gekrönten lächelnd und gestützt und ehlich vertieft hat, weist seinen eigenen Stil auf, auch die groß und weicher angelegte, moderne Partitur steht weit über der musikalischen Durchschnittsproduktion der letzten Jahre, und sie fand im Fr. Rotenberg mit seinem auf über 80 Musiker verstärkten Orchester einen hervorragenden Ausbeuter. Wenn auch die Frankfurter Inszenierung, den Kriegsverhältnissen entsprechend vereinfacht, nicht ganz den gewaltigen szenischen Anforderungen entspricht, die Schreker bei jedem seiner Werke bis jetzt stets noch gestellt hat, so war doch die Gesamtauführung Ereignis genug und ehren für das Frankfurter Opernhaus, das damit bereits die dritte Schreker-Neuaufführung herausbrachte.

Gr. Hoftheater. Am Mittwoch, 8. Mai, findet ein Sinfonie-Konzert unter Mitwirkung von Frau Bauer-Kotlar und Herrn Ziesler statt.

tenden Forderungen. Durch diesen bargeldlosen Verkehr wird nicht nur viel Zeit und Mühe gespart, es wird vor allem der Gefahr der Zahlungsverfallens auf das wirksamste vorgebeugt.

Gastspiel des „Frankfurter Intimen Theaters“. Heute Donnerstag, 2. Mai, eröffnet das hier bestens bekannte „Intime Theater Trocadero“ im Colosseum sein Gastspiel mit interessantem Programm. Dem Vorverkauf nach zu urteilen, dürfte ein volles Haus dem ersten Auftreten der Frankfurter Künstlerinnen und Künstler entgegenstehen. Alles weitere im Inseratenteil.

Kautionschwindel. In der letzten Sitzung der Karlsruher Handelskammer wurde von einem Erlaß des Gr. Ministeriums des Innern betreffend die Bekämpfung des Kautionschwindels Kenntnis genommen. In letzterem wird zum Ausdruck gebracht, daß der Landesauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge unter Hinweis darauf, daß die Kriegsbeschädigten wie auch die Kriegshinterbliebenen vielfach der Gefahr des Kautionschwindels ausgesetzt seien, angelegt habe, es möchte bei den Geschäftsinhabern darauf hingewirkt werden, daß von der Forderung von Kautitionen möglichst Umgang genommen und an Stelle der Barkautionen von der Möglichkeit der Verpfändung von Sparguthaben Gebrauch gemacht werden.

Zur Anzeige gelangte ein in der Altstadt wohnhafter Wittwer er ihm gehörige, der Beschlagnahme unterliegende Pettwäsche veräußerte, und dafür übermäßig hohe Preise verlangte

Letzte Nachrichten.

Die Lage in der Ukraine.

Berlin, 1. Mai. (W. B. Amtlich) In letzter Zeit machte sich in Kiew eine scharfe Agitation bemerkbar, anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine, deren Regierung keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrsausaat zu sichern. Ein Erlaß des Feldmarschalls v. Sichorn über die Ausführung der Frühjahrsbestellung wurde von der ukrainischen Presse entstellend wiedergegeben, was Aufregung im Lande hervorrief. Die willkürliche Verhaftung des Direktors der Russischen Bank für auswärtigen Handel Dobry genannt unter diesen Verhältnissen eine besondere Bedeutung. Dobry war ukrainischer Finanzsachverständiger und hatte sich große Verdienste um die Zusammenarbeit mit der deutschen und der österreichischen Delegation erworben. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie. Feldmarschall v. Sichorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Hofkammer-Minister zum Sicherung Kiews besondere Maßnahmen. Inzwischen war die Untersuchung Dobrys einem deutschen Militärgericht übertragen. Sie führte zur Verhaftung des Kriegsministers Schukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Taischenka, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogazli und des Abteilungschefs im Ministerium des Neuhern Ljubinski.

Das Dienstpflichtgesetz für Irland aufgehoben.

Haag, 1. Mai. (Priv. Tel.) Neuter meldet aus London: Ein königliches Dekret verschiebt die Ausführung des Dienstpflichtgesetzes für Irland.

„Daily News“ meldet dazu: Die Regierung hofft, in der nächsten Woche im Unterhause das Sommergesetz vorzulegen, und will zunächst die Wirkung des Sommergesetzes abwarten.

Deutsche Austauschgefangene in Amsterdam.

W. B. Amsterdam, 1. Mai. (Nicht amtlich.) Mit dem heute aus England eingetroffenen Hospitalsschiff sind 244 deutsche Austauschgefangene angekommen.

Wahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 30. April. (W. B. Nicht amtlich.) Bei der heutigen Wahl von Wahlmännern zum Landsting wurden gewählt als Regierungsanhänger: Sozialisten und Radikale 1399, für Opposition: Konservativ, Liberale, Kirchenlisten, sowie Erwerbsparteien 1577. Die Wahlmänner treten nächste Woche zusammen, es sind 54 Mitglieder des Landstings zu wählen. Er besteht aus 72 Mitgliedern, wovon 18 im Voraus vom früheren Landsting gewählt worden sind.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Vereinigte Arbeitergefangene). Samstag, den 4. Mai, abends 8 Uhr, im Saal der Rest. „Auerhahn“ Generalprobe zur Marxfeier. 3875

Wasserstand des Rheins.

Schiffersinsel 1,98 Meter, gest. 57 Zentimeter; Reßl 2,87 Meter, gest. 39 Zentimeter; Maxau 4,25 Meter, gest. 25 Zentimeter; Mannheim 3,37 Meter, gest. 27 Zentimeter.

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rabel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Welcher Parteigenosse teilt mir ein Mittel mit, um Ameisen aus der Wohnung (Küche) gründlich zu vertreiben. Gr. Weber, Baden-Baden, Friedhofstr. 10.

Begen Räumung billig zu verkaufen: Kleiner Herd mit Rohr und Schiß, Küchenschrank und Tisch, hochwürdiges poliertes Bett, Vertiko, Waschtisch u. Kommode, Ausziehtisch, Chaiselong, Salon-garnitur u. versch. 3876

Krämer's Möbellager nur Kaiserstraße Nr. 69 Eingang Waldbornstr.

Haarpfängen und Gantaschen werden hergerichtet. Karlsruferstr. 24, Hinterb. (Werkhütte). 3874

Adam-Extrakt besten Ersatz für Fleischextrakt empfiehlt 3871

Lebensbedürfnisverein

Sauber möbl. Zimmer mit sep. Eingang ist in Enlach, Friedrichstr. 14, 2. St., sofort zu vermieten. Näheres dafelbst.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

In einer äußerst aufgeräumten Wiedergabe von „Hoffmanns Erzählungen“, für die die Herren Schweppe und Dumas verantwortlich zeichneten, gab erstmals Herr Schöffel die drei Dienerrollen, und zwar in jeder Hinsicht dem dieser fantastischen Oper entsprechend. Ueberhaupt nahm die Aufführung einen Verlauf von wohltuender Ausgeglichenheit und mit Ausnahme des Verfallens-Bildes, wo alle Stimmen mit einmal auffallend matt klangen, auch in gelunglicher Hinsicht, und der Hingabe der Damen von Ernst und Bruntsch, sowie Herrn Neugebauer als Hoffmann, auf ganz erfreulicher Höhe.

Ebenso wenig wie seine Kollegen demnach Herr Schweppe, der gerade wieder bei diesem Offenbach einen feinen Sinn für die Poesie des Orchesterklanges an den Tag legte, einfließen den akustischen Schwierigkeiten des Konzerthauses zu begegnen. Bei der „Bar und Zimmermann“-Aufführung in der letzten Woche, die lediglich von Neugebauer in der heiklen, von ihm prächtig durchgeführten Partie als Chateauf nicht ganz auf die leichte Schulter genommen wurde, hatte man die Trompeten, Posaunen und Pauken besonders vertieft und von den anderen Spielern abgefordert. Es schien dadurch geradezu eine besondere Schwärzungskurve zu herrschen, die alles Andere in den Hintergrund drückte, bis es klappt! Einmalen sollten die Herren Instrumentalisten daran denken, daß es Fälle gibt, in denen die Trompeten und Posaunen auch einmal Nebenstimmen zu lassen können. Es wird hier statt dessen immer gleich ein Violoncellist als Orchesterbegleitung heranrücken, womit natürlich nicht viel gewonnen ist, die Saiten und Kraft brauchen, gemeint sein sollen.

Man schneidet, wie ich schon in der „Meisterfänger“-Besprechung erwähnte, diese Fragen jetzt nur ungerne an, da durch die Abwesenheit des Herrn Corleolis die Verantwortlichkeit für die Frage so denkbar unklar ist. Aus diesem Grunde halte ich es auch, zumal im Hinblick auf die bevorstehende Neuinszenierung der Dinge, für besser, wenn auf einzelne Zuweisungen an die Redaktion die sich gegen das System wenden, nicht näher eingegangen wird.

Einen Sturmangriff hat die „Meisterfänger“-Besprechung verursacht. Er ist geistreich, wie alle künftigen Besprechungen werden. Daß in der fraglichen Aufführung eine Dame antretend war, die von der Indisposition des Herrn Feinbals nicht das Geringste bemerkte, weil sie von Herrn Lohmi, und daß diese Dame der Schrein ist, auf dem

UNGARISCHE VOLKSKUNST



AUSSTELLUNG
IM
I. STOCK
EINTRITT
FREI

HERMANN TIETZ KARLSRUHE.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Chefgebote. August Dold von Bilingen, Weinhändler hier, mit Pauline Raczal, Witwe, geb. Kömer, von Pfalmsloch. Wilh. Holz von hier, Tiefbautechniker in Mannheim, mit Wilhelmine Gentner von hier.

Chefstellungen. Karl Sauer von Mühlbach, Aushilfs-Diener hier, mit Theresia Koll von Obertrich. August Schäfer von Ottenheim, Wagner hier, mit Elisabetha Goetz von Gleisweiler. Ernst Reier von Pforzheim, Sergeant hier, mit Sofie Dötterbed von Söblen. Karl Stromann von Stühlingen, Schuhmacher hier, mit Margarete Trebing von Erfurt. Alfred Kangerl von Karlsruhe-Beiertheim, Lehramtspraktikant hier, mit Ernestine Stamer von hier.

Tüchtigen, erfahrenen

Marmeladekocher

sucht zum sofortigen Eintritt
Stadt. Kriegsspeisungsamt.

Colosseum Karlsruhe.

Waldstrasse 16/18.
Direktion: Gust. Kiefer. Telefon 1933.
Ab Donnerstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr
Gastspiel d. Frankf. Intimen Theaters Trocadero
mit glänzendem Programm.
An Sonn- und Feiertagen 2 Vorstellungen.
Darstellende Kräfte:
Stella Joulotte, moderne Kunsttänze. — Seppl Mauermeier, Münchener Komiker. — Lulu Textor, Coloratursängerin. — Tessa Vilga, Liedersängerin. — Robert v. Bariani, Humorist und Conférencier. — Ernst Ewald, Sänger zur Laute und Karikaturzeichner. — Du-Du, Tanzduett. — Luise Syestra, Vortragskünstlerin. — Die 5 Lorrys, Tanzakt.
Preise der Plätze: Klappsitze Mk. 2.50, numerierter Platz Mk. 2.—, I. Platz Mk. 1.50, II. Platz Mk. 1.—, III. Platz Mk. —.50.

Unentgeltliche ärztliche Mütterberatungsstunde

für das
Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren
findet statt:
am Donnerstag, den 2. Mai, abends 5-6 Uhr,
im neuen St. Vincentiuskrankenhaus, Eidenstraße 60,
Badischer Frauenverein, Abteilung VI.

2 Heizer

für sofortigen Eintritt gesucht.
Brenner's Stephanie-Hotel
Baden-Baden.

Schreiner, Schlosser u. Tischler

garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig, sofort gesucht. Angebote unter Chiffre G. 1668 an die Geschäftsstelle des Volksfreunds.

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreunds“.

Deutschlands Spende für Säuglings- u. Kleinkinderschutz Badischer Kinderhilfstag. + Aufruf! +

Draußen kämpfen Millionen wackerer Männer für Deutschlands Sein und Werden. Deutschlands Zukunft aber liegt in unsern Kindern. Ihnen ein glücklicheres Dasein zu sichern als es uns selbst beschieden war, dafür setzen heute Millionen blühender Menschen ihr Leben täglich ein, haben Hunderttausende es schon freudig hingegeben.

Die Ihr in der Heimat eure Pflichten erfüllt, an Euch ist's nicht minder, für unserer Kinder Los mitzusorgen.

Nicht mehr wie vor dem Kriege dürfen alljährlich Hunderttausende im Deutschen Reich, kaum geboren, wieder dahinschwinden. Jedes junge Menschenleben ist heute doppelt wert, behütet und erhalten zu werden.

Nicht mit eurem Blute, mit eurem Gute sorgt für unserer Kinder Wohl.

Dafür die Mittel zu geben, ist eines jeden Deutschen Pflicht.

Gemeinsam mit allen anderen Teilen des Reiches wollen auch wir Badener an dem Gelingen dieses großen Liebeswerkes mithelfen.

Dann werden wir auch in Baden neue Stätten schaffen können, um Gesundgeborene gesund zu erhalten, Heilbedürftige wieder gesunden zu lassen.

Aus Not und Bedrängnis blühe neues Leben!

Haus- und Straßensammlung Sonntag, den 5. Mai.

Der Landesausschuß der Deutschlandsspende für Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Marie Luise, Prinzessin Max von Baden, königliche Hoheit, Präsidentin der Abt. VI des Badischen Frauenvereins, Karlsruhe. Benninger, Kommerzienrat, Mannheim. Dr. Brosien, Geh. Kommerzienrat, Mannheim. Dr. Bürlin, Erz. Wirll. Geh. Rat, Karlsruhe, Vizepräsident der I. Kammer der Landstände. von Chelius, Erz. Oberhofmeister V. R. S. der Großherzogin Luise von Baden, Wirllicher Geheimrat und Geheimrer Kabinettsrat. Dr. Clemm, Geh. Ober-Reg. Rat, Landeskommissar, Mannheim. Dr. Frhr. von Dusch, Erz. Staatsminister a. D., Karlsruhe. Dr. Hauser, Geh. Ob.-Med.-Rat, Karlsruhe, I. Vorsitzender des Landesausschusses für Säuglings- und Kleinkinderschutz. Frau Sofie Donnell, Erz. Ehrenpräsidentin der Abt. VI des Badischen Frauenvereins, Karlsruhe. Kopf, Präsident der II. Kammer der Landstände. Limberger, Generalmajor a. D., Vorsitzender des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz. Dr. Lutz, Privatdozent, Heidelberg, II. Vorsitzender des Landesausschusses für Säuglings- und Kleinkinderschutz. Dr. Mayer, Geh. Ob.-Reg.-Rat, Oberst der Israeliten. Prof. Dr. Menge, Geh. Hofrat, Direktor der Universitäts-Frauenklinik Heidelberg. Prof. Dr. Mors, Direktor der Universitätskinderklinik Heidelberg. Müller, Geh. Rat, Generalsekretär des Badischen Frauenvereins, Karlsruhe. Kom. Kapitulär Dr. Wuss, Vorstand des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg. Nicolai, Direktor der Rheinischen Creditbank, Karlsruhe. Dr. Niefer, Erz. Wirll. Geh. Rat, Großh. Bad. Gelehrter, Berlin. Prof. Dr. Noeggerath, Direktor der Universitätskinderklinik Freiburg. Frau Edith Rheinbold, Erz. Vizepräsidentin der Abt. VI des Bad. Frauenvereins Karlsruhe. Frau Geh. Kommerzienrat A. Nischling, Präsidentin des Bad. Frauenvereins, Mannheim. R. Rohrbach, Geh. Hofrat, I. Vizepräsident der II. Kammer der Landstände, Heidelberg. Prälat D. Schmitthenner, Vorsitzender des Landesvereins für Innere Mission. Dr. Schmitz, Med.-Rat, Kreisoberarzt, Vorstand der Hebammenschule Donaueschingen. Straub, Geh. Rat, Landeskommissar, Konstanz. Dr. h. c. M. A. Strass, Kommerzienrat, Karlsruhe. Prälat Dr. Werthmann, Vorstand des Caritasverbandes für das katholische Deutschland, Freiburg. Dr. Stroebe, Vorsitzender der Depotabteilung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz.

Beiträge werden jederzeit bei allen Banken, Sparkassen und sonstigen Sammelstellen des Roten Kreuzes entgegengenommen.

No. 1
Friede
Nach der
hlecht im
haupten, sie
sie sei bereit
abstichtigen.
politischen
nur, wie ich
auch heute
pom 19. 3.
In Wi
ran, ihre M
geringste M
zu jenem M
mentmehrbr
nächsten Bi
Gewichte fo
fische Mad
ich Loj sen
und Erwei
höhte Bebe
Der Be
die annerio
einer „Sch
geordneten.
Er war vie
heit, die v
und die ir
nisse „über
lich, daß n
der Dauer
Die Be
sich aufs
des Friede
ter sie in e
auf Kosten
leistet wer
Osten und
und dazu
erklären fü
die einzig
raubste U
Deutsch
über alle
bracht, die
Aber ist e
unbegrenzt
treiben di
Wenn
foalition
loren. D
sondern m
lichkeit der
sten, neue
schlimmte
Erköpfung
Deutschlan
apparats
niederhält
friedens a
tit ansku
Wer fi
die Ausg
wahns
Die N
A b j a g e
die Deut
bringen,
einer noch
Darin lie
Volksber
dens der
nung d
werbunge
gewaltig
hellen Um
verein
Möge
heilslagen
schen We
Steuer fo
eingestell
irren loff
oller err
Darüber
Urteil in
Kräfte un
Darin
an dem
Bolk hat
Stelle d
licher un